



Alternativantrag

—

Fraktion DIE LINKE

Medizinische Versorgung auf dem Land sicherstellen: Konzept des intersektoralen Gesundheitszentrums endlich umsetzen und übertragen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/610**

Der Landtag wolle beschließen:

Notfall- und Basisversorgung für alle Menschen in und um Havelberg, Genthin und für Kinder in und um Gardelegen sichern

1. Die Verantwortung des Landes für die stationäre gesundheitliche Versorgung in Zusammenarbeit mit den Landkreisen wurde bisher nicht in ausreichender Weise wahrgenommen. Deswegen kam es zu Schließungen von stationären Angeboten im Gesundheitsbereich, die nicht zu akzeptieren sind.
2. Der Landtag erkennt die Notwendigkeit an, dass in den ländlichen Regionen des Landes auch eine medizinische sowie notfallmedizinische Versorgung für die Menschen wohnortnah erfolgen muss. Der Landtag ist sich einig, dass eine 24/7-Notfallversorgung an den Standorten Havelberg und Genthin sowie für die stationäre Pädiatrie in Gardelegen vorgehalten werden muss.
3. Die Landesregierung wird mit der Salus Altmark Holding gGmbH die Standorte Havelberg und Kinderklinik Gardelegen umgehend reaktivieren. Dazu ist das von der Salus erstellte Konzept beginnend mit dem II. Quartal 2022 in Havelberg umzusetzen. Das Konzept des Intersektoralen Gesundheitszentrums ist so anwenden, dass an den jeweiligen Standorten spätestens nach zwölf Monaten die Phase 3 startet. Für den Standort der Kinderklinik in Gardelegen ist das stationäre Versorgungskonzept bis zum Ende des I. Quartals 2022 zu aktualisieren.

4. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung wird aufgefordert, noch im I. Quartal für den Standort Genthin ein Anforderungsprofil vorzulegen, für das öffentliche Mittel aus dem Corona-Sondervermögen zur Verfügung stehen. Ein solches Anforderungsprofil muss so konstruiert sein, dass es auch für weitere Standorte in Sachsen-Anhalt anwendbar ist. Sollte sich für Genthin bis zum Ende des II. Quartals 2022 kein Träger für ein Intersektorales Gesundheitszentrum beworben haben, wird die Salus gGmbH beauftragt, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und als Träger umzusetzen.
5. Die Landesregierung sucht regional, überregional als auch in EU-Staaten nach fachärztlichem als auch pflegerischem Personal.
6. Bei Bedarf zum Start schließt die Landesregierung Kooperationen mit Kliniken im Umkreis auch über die Bundeslandgrenze hinaus ab, um fachärztliches Personal für den Übergang einzusetzen bis eigenes Personal angestellt werden kann.
7. Die finanziellen Mittel für den Start dieser Modellprojekte müssen mindestens für einen Zeitraum von zunächst fünf Jahren vom Land bereitgestellt und den Trägern zugesichert werden.

Begründung

Sachsen-Anhalt als Flächenland benötigt in der Fläche eine bedarfsgerechte, erreichbare und umfassende ambulante wie stationäre medizinische Versorgung. Die Schließung der Krankenhäuser in Havelberg und Genthin sowie das „vorläufige vom Netz nehmen“ der Kinderklinik in Gardelegen sind für die Bewohner*innen der Region Altmark unzumutbar. Auch die fehlende Bürgschaft des Landes für das Klinikum im Burgenlandkreis zeigt den mangelnden Willen des Landes, das Gesundheitssystem nach den Bedarfen der Menschen vorzuhalten. Es verschlechtert die Lebensbedingungen. Diesem Rückbau von Krankenhausstrukturen des Landes gilt es jetzt entgegenzuwirken. Eine rein betriebswirtschaftliche Betrachtung des Gesundheitssystems wirkt einer wirksamen Daseinsvorsorge entgegen. Nach mehr als zwei Jahren fehlender Strukturen in Havelberg und nach mehr als vier Jahren in Genthin, ist nun keine Zeit mehr für weitere Verzögerungen. Die Landesregierung muss umgehend handeln und ihre Konzepte in die Praxis bringen. Dazu muss auch schnellstmöglich Personal (wieder)gewonnen werden. Und eine erfolgreiche Personalgewinnung gelingt nur, wenn man vernünftige Rahmenbedingungen schafft. Dazu gehört die Überführung des Haustarifs der Salus in den TvÖD.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende